

Gemeinde Hörbranz Gemeindevertretung

Hörbranz, am 6. April 2009

Protokoll Nr. 31

über die am 01.04.2009 um 20 Uhr im Gemeindeamt stattgefundene öffentliche Gemeindevertretungssitzung, zu der alle Gemeindevertreter ordnungsgemäß eingeladen wurden.

Anwesend:

Bgm. Hehle Karl als Vorsitzender
Vizebgm. Hack Manuela
Zündel Franz Anton
Boch Wolfgang
Greiter Karin
Spritzendorfer Daniela
Huber Rudi
Hefel Ulrike
Rauch Georg
Paul Stefan
Flatz Katrin
Jeglic Dietmar
Biegger Siegfried
Fink Lukas
Gorbach Martin
Siebmacher Josef
Hiebeler Günter
Hagen Christoph
Sinz Engelbert
König Wilhelm bis zu TOP 10 anschließend ab 22.40 Uhr entschuldigt
Vonbank Alois
Einwallner Reinhold
Tuttner Brigitte

Vertretungen:

Schuh Harald für Jochum Bernhard
Boch Günter für Gutzelnig Christian
Fessler Edi für Lucny Franz

Entschuldigt:

Maier Ursula

Auskunftsperson:

Architekt Fink Josef

Schriftführer:

Achberger Gerhard

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Rechtzeitig ist ein Antrag von 3 Gemeindevertretern gem. § 41 Abs 2 GG eingelangt und wird unter TOP 10 behandelt. Der Bürgermeister beantragt die Aufnahme eines weiteren Tagesordnungspunktes. Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt und wird unter TOP 11 behandelt. Weiters ist vor der Sitzung ein Antrag, welcher von verschiedenen Gemeindevertretern unterschrieben ist, dem Bürgermeister übergeben worden. Dieser Antrag wird einstimmig unter Punkt 12 behandelt.

Der Tagesordnungspunkt 3 wird einstimmig aufgrund einer Terminkollision einer Auskunftsperson auf TOP 9 verschoben.

2. Berichte des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet, dass das Vorprojekt zur Nachnutzung des Autobahnzollamtes vom BMVIT abgelehnt wurde. Ein Gemeindevertreter bittet zu diesem Punkt um detaillierte Informationen. Aufgrund der Komplexität wird vom Bürgermeister angeboten, dass die Informationen in einem persönlichen Gespräch bekannt gegeben werden. Das Hochwasserschutzprojekt Straußen wurde bei der zuständigen Behörde eingereicht. Die Verhandlung findet voraussichtlich am 22.4.2009 statt. Die Umbaumaßnahmen beim Salvatorkloster werden von den Leiblachtalgemeinden mit gesamt € 100.000,-- subventioniert. Der Anteil für die Gemeinde Hörbranz beträgt € 45.000,--.

3. Behandlung eines Antrages zur Erstellung eines Entwicklungskonzeptes für die Parzelle Leiblach/Maihof

Der Antrag, welcher jedem Gemeindevertreter mit der Einladung zur Kenntnis gebracht wurde, wird vom Bürgermeister verlesen. Das Gebiet Leiblach/Maihof ist das am schnellsten wachsende Gebiet in Hörbranz. Darum gilt es, infrastrukturelle Maßnahmen zu entwickeln (Verkehr, Bildung, Nahversorgung, etc.). Die Grundlagen und die Maßnahmen sollen in den Ausschüssen bis zum Herbst 2009 ausgearbeitet werden.

In der Diskussion wird auch die Einbeziehung des Bereiches Unterhochsteg angeregt. Dazu meint der Bürgermeister, dass dieser Bereich selbstverständlich auch betrachtet werden soll, da in diesem Gebiet große Entwicklungsmöglichkeiten bestehen. Insbesondere die bestehenden Betriebsgebietwidmungen, die Böhlergründe und das ehemalige Zollamt Unterhochsteg sollen in die Quartiersbetrachtung mit einfließen.

Ein Gemeindevertreter regt an, dass ein solches Entwicklungskonzept für ganz Hörbranz erstellt werden sollte. Eine Parzellenbetrachtung ist seiner Meinung nach nicht die richtige Vorgehensweise. Kritisiert wird auch, dass einige Konzepte (Verkehrskonzept, Sportplatzkonzept) noch nicht umgesetzt wurden.

Dem wird entgegnet, dass es ein Entwicklungskonzept für das ganze Gemeindegebiet bereits gibt. Das Gebiet Maihof/Leiblach muss jedoch aufgrund des großen Wachstums neu betrachtet werden. Selbstverständlich können aus einer lokalen Quartiersbetrachtung auch Synergien für das ganze Ortsgebiet abgeleitet werden.

Nach einer intensiven Diskussion über die Einbeziehung der Ausschüsse, stellt die Vizebürgermeisterin den Antrag auf Beendigung der Debatte. Diesem Antrag wird mit 19:7 Stimmen zugestimmt.

Abschließend wird dem vorgelegten Antrag des Bürgermeisters mit 19:7 Stimmen zugestimmt.

- 4. Beschlussfassung eines Mietvertrages GIG/Gemeinde betreffend Hauptschule**
Der Mietvertrag, abgeschlossen zwischen der Marktgemeinde Hörbranz und der GIG, über das Hauptschulgebäude wurde jedem Gemeindevertreter gemeinsam mit der Einladung zur Kenntnis gebracht und wird in dieser Form einstimmig genehmigt.
- 5. Beschlussfassung über den Beitritt zum Städtebund Bodensee**
Die Präambel und die Charta der Zusammenarbeit über den Städtebund Bodensee wurden jedem Gemeindevertreter gemeinsam mit der Einladung zur Kenntnis gebracht. Der Bürgermeister erläutert nochmals die Gründung des Städtebundes, welcher aufgrund der Zusammenarbeit bei der IGA entstanden ist. Kosten für den Beitritt fallen nicht an. Sollte ein gemeinsames Projekt initiiert werden, müssten etwaige Kosten in der Gemeindevertretung beschlossen werden.
Ein Gemeindevertreter erkundigt sich, welche Aktivitäten in der Regio Bodensee gesetzt wurden. Der Bürgermeister wird ihm die Sitzungsunterlagen zukommen lassen.
Der Beitritt zum Städtebund Bodensee wird einstimmig genehmigt.
- 6. Beschlussfassung über die Bezeichnung einer Verkehrsfläche**
Der Antrag der Grundeigentümer über die Bezeichnung einer Verkehrsfläche ist jedem Gemeindevertreter zur Kenntnis gebracht worden. Ebenfalls liegt eine positive Stellungnahme des Gemeindecarchivars vor. Einstimmig wird beschlossen, dass gem. § 15 Abs 3 GG für die Verkehrsfläche mit der GST-NR 2102/9 die Bezeichnung „Antoniusweg“ festgesetzt wird. Die Verordnung und die Planbeilage ist integrierter Bestandteil des Protokolls.
- 7. Behandlung von Grundstücksangelegenheiten**
Der Bürgermeister erläutert zu jedem Punkt anhand von Skizzen die Situation.

GST-NR 1221/4

Für die Straßenentwässerung und einer zukünftigen Gehsteigerrichtung benötigt die Gemeinde ca. 54m² aus dem Grundstück GST-NR 1221/4. Einstimmig wird die vorgelegte Grundeinlösevereinbarung, welche jedem Gemeindevertreter mit der Einladung zur Kenntnis gebracht wurde, genehmigt.

GST-NR 2432/2

Für die Asphaltierung im Kreuzungsbereich bei der Gwigger Straße benötigt die Gemeinde ca. 8m². Einstimmig wird die vorgelegte Grundeinlösevereinbarung, welche jedem Gemeindevertreter mit der Einladung zur Kenntnis gebracht wurde, genehmigt.

GST-NR 1263 u. 1262; Bereinigung Bau Gartenmauer

Anhand einer Detailskizze erläutert der Bürgermeister die Situation. Eine Gartenmauer in der Backenreuter Straße wurde vom Grundeigentümer irrtümlicherweise teilweise auf Gemeindestraßengrund errichtet. Damit dieser Zustand rechtlich saniert werden kann, wurde eine gegenseitige Vereinbarung ausgearbeitet, welche jedem Gemeindevertreter mit der Einladung zur Kenntnis gebracht wurde. Der Gemeindevorstand hat in der Sitzung am 5.3.2009 empfohlen, dieser Vereinbarung zuzustimmen.

Hierzu schlägt ein Gemeindevertreter vor, dass der Gehsteig an dieser Stelle gleich gebaut werden sollte. Dem wird entgegnet, dass so ein Gehsteig gesamthaft gesehen werden muss. Daher wird einstimmig die vorgelegte Vereinbarung genehmigt. Eine etwaige Gehsteigerrichtung soll im Straßenausschuss behandelt werden.

Firma Prinz; Antrag auf Erwerb eines Grundstückstreifens aus GST-NR 16/5 (Hauptschule)

Der Antrag wird jedem Gemeindevertreter zur Kenntnis gebracht. Der Raumplanungsausschuss hat sich mit der Thematik befasst und lehnt eine etwaige Umwidmung ab. Einstimmig ist das Gremium der Meinung, diesen Grundstückstreifen nicht zu verkaufen, da Grundreserven im Dorfzentrum nicht veräußert werden sollen.

Grenzberichtigung Genfahlweg

Der Genfahlweg wurde in der Natur neu vermessen. Die daraus resultierenden Grundstücksverschiebungen, welche jedem Gemeindevertreter mit der Einladung zur Kenntnis gebracht wurde, werden einstimmig genehmigt.

GST-NR 2721

Einstimmig wird dem für eine Wegumlegung benötigte Grundtausch gem. Skizze, welche jedem Gemeindevertreter mit der Einladung zur Kenntnis gebracht wurde, zugestimmt.

8. Beschlussfassung über die Erklärung eines Grundstückes als Gemeindestraße

Teilstück Diezlinger Straße (GST-NR 2721, 2353/8)

Einstimmig wird folgende Verordnung beschlossen:

Gem. § 9 Abs 1 Straßengesetz, LGBl. Nr. 40/1985 i.d.g.F., wird die Seitenstraße der Diezlingerstraße gem. Plan vom 27.01.2009 mit der GST-NR 2353/8, und das Teilstück von der GST-NR 2353/8 zur GST-NR 2721, GB Hörbranz, welche von der Diezlingerstraße in nord-östliche Richtung abzweigt als Gemeindestraße erklärt und in das öffentliche Gut in EZ 360, GB Hörbranz, übernommen.

Diese Verordnung tritt mit dem Beginn des auf die Kundmachung folgenden Tages in Kraft.

Die Verordnung und die Planbeilage ist integrierter Bestandteil des Protokolls.

Teilflächen in der Gemeindestraße „Lochauer Straße“ (GST-NR 2626/3, 652/2)

Einstimmig wird folgende Verordnung beschlossen:

Gem. § 9 Abs 1 und 3 Straßengesetz, LGBl. Nr. 40/1985 i.d.g.F, wird die Teilfläche B mit 124m², die Teilfläche E mit 17m² und die Teilfläche G mit gerundet 0m² lt. beiliegendem Lageplan 1:200 als Gemeindestraße erklärt. Diese Teilstücke sind nunmehr Bestandteil der Gemeindestraße „Lochauer Straße“ (GST-NR 2626/3 und 652/2). Die Gemeindestraße „Lochauer Straße“ zweigt von der Krüzastraße ab und hat eine Länge von ca. 70m.

Diese Verordnung tritt mit dem Beginn des auf die Kundmachung folgenden Tages in Kraft.

Die Verordnung und die Planbeilage ist integrierter Bestandteil des Protokolls.

9. Bericht über die Sanierungsarbeiten beim Gasthaus Krone

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Bürgermeister Architekt Josef Fink, welcher für Fachfragen anwesend ist. Eingangs berichtet der Bürgermeister über die Arbeiten, welche beim Gasthaus Krone durchgeführt wurden (Baumeisterarbeiten, Heizung, Sanitär, Lüftung, Trockenbau, Maler-, Tischler- und Fliesenlegearbeiten, Parkett, Elektro, Beleuchtung, Fenster Gastraum 2, Brandschutzabschottungen, allg. Brandschutz, Ausräumen Keller etc.). Der Kostenrahmen für diese Arbeiten in Höhe von € 158.000,- wurde in der Gemeindevertretung am 18.1.2009 beschlossen. Aufgrund verschiedener Auflagen der Gewerbebehörde und durch zusätzliche Arbeiten wurde gem. Beschluss des Gemeindevorstandes v. 12.3.2009 wegen Dringlichkeit Mehrkosten von € 42.122,11 beschlossen. Diese Arbeiten umfassen folgende Gewerke: Errichtung eines abgetrennten Müllraumes, brandschutztaugliche Kellertüre, Brandschutzklappen, WC Entlüftung, Austausch Verglasung, Sitzbank im Gastraum 1. Offen ist derzeit noch die Möblierung. Die Theke und die Gartenmöbel werden voraussichtlich über einen Biervertrag abgedeckt. Die Eröffnung des Gasthauses ist für Anfang Juni geplant. Der Pachtvertrag wird noch ausgearbeitet, Zusatzwünsche der Pächter (Möblierung, Küche) werden in die Pacht eingerechnet. Weiters berichtet der Bürgermeister, dass ein Dienstleistungsunternehmen Interesse an der Mietung des 1. Stockes hat. Abschließend betont er, dass entgegen verschiedener Aussagen von FPÖ-Mandataren in der Presse keine bewilligungspflichtigen Arbeiten ohne Bewilligung ausgeführt worden sind.

Angefragt wird, warum das Gebäude nicht an die Nahwärmeversorgung angeschlossen wird. Hierzu wird informiert, dass die Heizungsanlage noch in einem guten Zustand ist und es sich derzeit nicht rentiert, die Heizung umzustellen.

Auf Anfrage, wie hoch die Gesamtkosten für die Sanierung sind, antwortet der Bürgermeister, dass die Kosten rund € 200.000,- betragen. Hinzu kommt noch die Anschaffung der Tische und Stühle. Angeregt wird, dass die Stühle stapelbar sind. Weiters wird nochmals erläutert, wie es zum Kauf der Kronengaststätte gekommen ist. Zu diesem Zeitpunkt musste aufgrund eines Vorkaufrechtes sehr schnell entschieden werden. Über den Preis konnte damals nicht verhandelt werden. Mehrheitlich hat sich die Gemeindevertretung für einen Kauf ausgesprochen.

Weiters wird hinterfragt, warum noch kein Mietvertrag abgeschlossen wurde. Dem entgegnet der Bürgermeister, dass noch gewisse Parameter mit den zukünftigen Pächtern abzuklären sind. Voraussichtlich in der Sitzung des Gemeindevorstandes am 16.4.2009 wird der Mietvertrag zur Vorlage gebracht.

Zu einer Anfrage bezüglich Architektenhonorar wird mitgeteilt, dass die Architektenplanung im Gemeindevorstand am 2.2.2009 an Architekt Fink um pauschal € 13.000,- vergeben wurde. Abschließend wird betont, dass auch die Adaptierung des 1. Stockes zu Büroräumlichkeiten mit Kosten verbunden ist. Die Beratung darüber wird in den zuständigen Gremien erfolgen.

10. Behandlung des Antrages um Durchführung eines Architektenwettbewerbes für das Musikprobelokal/Kinderhaus

Der Antrag wurde jedem Gemeindevertreter vor der Sitzung zur Kenntnis gebracht. Anhand einer Powerpoint-Präsentation, welche integrierter Bestandteil des Protokolls ist, erläutert der Antragsteller seine Ausführungen. Insbesondere die Stellungnahme des Umweltverbandes zur Vergabe der Architektenleistungen stellt er in Frage.

Der Bürgermeister berichtet seinerseits anhand von Folien, welche ebenfalls integrierter Bestandteil des Protokolls sind, über die Vergabe der Architektenleistungen für das Musikprobelokal/Kinderhaus. Er verliest das Protokoll des Gemeindevorstandes vom 10.7.2008, in welchem die Architektenleistungen einstimmig an Architekt Fink vergeben wurden. Weiters betont er, dass durch eine etwaige Zurückziehung des Architektenauftrages Kosten in Höhe von ca. € 60.000,-- entstehen würden. Aktuellerweise informiert er, dass voraussichtlich ab 1. Mai die Schwellenwerte gem. Vergabegesetz um ein Vielfaches angehoben werden. .

Aufgrund der verschiedenen Ansichten vertritt ein Gemeindevertreter die Meinung, dass sich der Prüfungsausschuss mit der Thematik auseinandersetzen soll, um einen Prüfbericht für die Gemeindevertretung zu erstellen. Ausdrücklich bedankt sich der Vorsitzende bei Architekt Fink für die umfangreiche und benutzerorientierte Entwicklung des Projektes.

Ein weiterer Gemeindevertreter verliest eine Stellungnahme, welche ebenfalls integrierter Bestandteil des Protokolls ist.

Nach eingehender Diskussion ziehen die Antragsteller den Antrag zurück.

11. Vergabe der Baumeisterarbeiten für die Kanalsanierung im Bereich Volks- und Hauptschule

Das Ingenieurbüro Rudhardt+Gasser, Bregenz, hat die Baumeisterarbeiten für die Kanalsanierung bei der Volks- und Hauptschule ausgeschrieben. Die Ausschreibung erfolgt im offenen Verfahren. Die Ausschreibung wurde an 13 Firmen ausgesandt. Bei der Angebotseröffnung lagen 10 Angebote vor. Nach Prüfung der Angebote schlägt das Büro Rudhardt+Gasser den Billigstbieter Fa. Allbau, Hohenems, vor.

Einstimmig wird der Auftrag gem. Vergabevorschlag an die Firma Allbau, Hohenems, um netto € 129.961,70 vergeben.

12. Behandlung des Antrages von 6 Gemeindevertretern betreffend Ausführung der Aufbahrungshalle mit einer Raumhöhe von 2,80m

Ein Antragsteller erläutert diesen Antrag dahingehend, dass eine größere Raumhöhe eine wesentliche Verbesserung der Raum- und Luftqualität darstelle, und die Mehrkosten hierfür gering sind. Im Bau- und Friedhofsausschuss wurde über die Thematik ebenfalls ausgiebig diskutiert.

Der Bürgermeister berichtet über die Chronologie und die Anforderungen des Projektes. Weiters teilt er mit, dass mit einer Änderung der Höhe lt. Architekt Troy Mehrkosten in Höhe von € 13.000,-- entstehen würden und sich der Terminplan um 5-8 Wochen verschieben würde.

Nach eingehender Diskussion stellt der Bürgermeister den Antrag, die Raumhöhe der neuen Aufbahrungshalle nochmals in den zuständigen Ausschüssen zu diskutieren. Dieser Antrag wird mit 10:15 Stimmen abgelehnt.

Dem eingebrachten Antrag wird mit 18:7 Stimmen zugestimmt.

13. Protokollgenehmigung Nr. 30

Das Protokoll Nr. 30 wird einstimmig genehmigt.

14. Allfälliges

Ein Gemeindevertreter kritisiert, dass seine Teilnahme beim Gemeindeball nicht im Hörbranz Aktiv erwähnt wurde, das Hörbranz Aktiv seiner Meinung nach parteipolitisch genutzt wird. Weiters wird über die Versammlung der Alpe Wöster berichtet, bei der die Gemeinde 3 Weiderechte besitzt. Auf Anfrage erläutert der Bürgermeister den Verfahrensstand bzgl. Bauarbeiten bei der Fa. Scheier und über den Stand bzgl. Bezügeverordnung. Abschließend wird die Haftungsfrage bei Biotopen erläutert.

Ende der Sitzung: 23.15 Uhr

Der Schriftführer:



Achberger Gerhard

Der Bürgermeister:



Bgm Karl Hehle